



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

3. Jg. Nr. 5

Juni 1975

50 Pfennig

**Streik in Munitionsfabrik-
600 Polizisten im Einsatz**

GEBT UNSERE TÜRKISCHEN KOLLEGEN FREI!

Am 12. Mai traten im Fürther Werk der Rüstungsfirma DYNAMIT-NOBEL ca. 150 deutsche und ausländische Arbeiter in den Streik. Beispielhaft wollten sie die Rücknahme von 19 Kündigungen deutscher und ausländischer Kollegen im Rahmen von insgesamt 150 geplanten Entlassungen erkämpfen. Auf Grund der mangelnden Informiertheit und der schäbigen Rolle des Betriebsrates (er hatte den Kündigungen fast ausnahmslos zugestimmt) gelang es nicht, die Streikfront zu stabilisieren und auszuweiten. So standen am 2. Kampftag ca. 50 Kollegen vor dem Werkstor. Dennoch befürchteten die DYNAMIT-Kapitalisten, daß ihre weiteren Rationalisierungspläne auf eine geschlossene Kampffront stoßen könnten, daß die Streikaktion für alle ein Vorbild sein könnte. So plante das Kapital in engster Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Staatsapparat die gewaltsame Niederschlagung des Streiks am 2. Tag seiner Aufnahme.

Ungefähr eine Hundertschaft der Nürnberger Polizei - in ganz Bayern als Prügelgarde Nr. 1 bekannt - ging brutal nach vorangegangenen Provokationen durch Spitzel und uniformierte Beamte gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen vor. 30 Menschen wurden festgenommen und ins Nürnberger Polizeipräsidium verschleppt, darunter auch Flugblattverteiler der KPD. Auf dem Präsidium wurde eine Reihe der Kollegen und Genossen auch von höheren Polizeichargen ernsthaft mißhandelt - einer verlor für ca. 2 Stunden das Bewußtsein. Während die deutschen Arbeiter in der Nacht des 13. Mai freigelassen wurden, wurde gleichzeitig bekannt, daß die 27 türkischen Kollegen ausnahmslos dem Haftrichter vorgeführt werden sollten, der auch tags darauf für alle Untersuchungshaft anordnete. Begründung: Landfriedensbruch und Widerstand. Mit der

Forts. S. 2

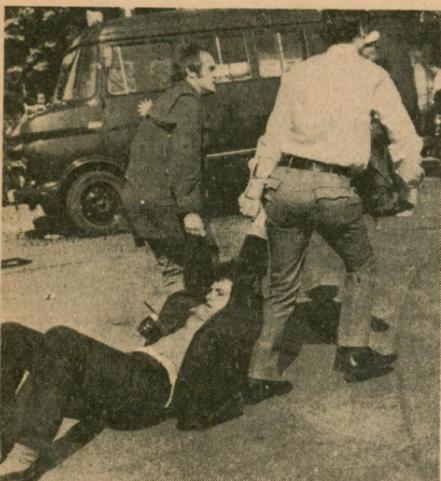


Bild: Fürther Polizeischläger in Aktion

**Antifaschisten riefen auf zum Kampf gegen die imperialistischen
Supermächte - die Erben des Hitlerfaschismus
DDR inhaftierte 18 Menschen**

Durch antifaschistische Solidarität befreit



Bild: Demonstration in Bonn, 23. 5. In der ersten Reihe die ersten der befreiten Genossen

Am 9. Mai war in der DDR arbeitsfrei und die Breshnev Clique hatte die Werktätigen aufgerufen, das "ewige Bündnis" mit der Sowjetunion und der Sowjetarmee "zu feiern. Gemeint ist damit die imperialistische Besetzung der DDR durch die Sowjetarmee zur Absicherung der Ausplünderung der deutschen Arbeiterklasse, die Waffenhilfe der DDR-Truppen bei der Unterjochung der Völker, die sich gegen das sozialimperialistische Hegemoniestreben wehren, z. B. bei der Invasion in der CSSR.

Gemeint ist damit nicht die Ehrung des Kampfes der Roten Armee unter Stalin, die vor 30 Jahren in einer Front mit den vom Hitlerfaschismus unterjochten Völkern die faschistische Diktatur niederschlugen.

Der 8. Mai, der Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus gehört den Antifaschisten, er gehört den Völkern, die sich gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die Unruhestifter und Hauptkriegstreiber auf der Welt in einer täglich erstarkenden Einheitsfront zusammenschließen.

30 Antifaschisten und Kommunisten unter ihnen Mitglieder der ROTEN HILFE reisten am 9. Mai aus Westberlin ein.

Die DDR-Grenzer wiesen etwa 200 andere als "unerwünscht" zurück. Die Kundgebung vor dem Ehrenmal wurde von vielen Werktätigen der DDR verfolgt. Als die Genossen die Kundgebung mit der Internationale beendeten, griff der Staatssicherheitsdienst ein und verschleppte 18 Genossen in das Stasi-Gefängnis. Vorwurf: "Diskriminierung staatlicher Organe der DDR und sozialistischer Staaten".

In Stunden entzündete sich in Westdeutschland und Westberlin eine Solidaritätsbewegung zur Befreiung der Antifaschisten. Wo immer die Agenten der DDR sich in der Öffentlichkeit blicken ließen, wurden sie angeprangert. Vor der Vertretung der DDR in Bonn fanden Kundgebungen statt und dem DDR-Vertreter Kohl schallte in den Ohren "Honnecker-Speichelcker der sowjetischen Sozialimperialisten. In Westberlin wurden die Busse der Bediensteten der Passierscheinstellen mit Parolen gegen die imperialistischen Supermächte bemalt. Die SED- und die DKP-Revisionisten wurden an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen: Dem Ausverkauf der Interessen

Forts. letzte Seite

Zum Beginn des RAF-Prozesses

Jedem der am 21. Mai nach elektronischer Durchsuchung und Registratur derte von Bundesgrenzschutzbeamten. MEKs Panzerspähwagen passiert und die Stammheimer Zuchthausfestung betreten hat diese "Gerichtsgebäude" mit Schießscharten statt Fenstern wo die Scharfschützen mit dem MG im Anschlag auf einer Tribüne im Gerichtssaal über die Verhandlung wachen, dem ist klar geworden daß dort zig Monate lang ein Schauspiel aufgeführt wird, das "Wahrheitsfindung" heißt.

Daß es sich hier um ein Sonderstrafverfahren handelt, in dem die Angeklagten keine Möglichkeit haben, sich mit den in der Strafprozeßordnung enthaltenen Mitteln zu verteidigen, kann die Bourgeoisie in ihrer Presse nicht leugnen. Sie stellt fest, die Ausschaltung der demokratischen Rechte geht bis an die Grenzen des Rechtsstaates". Doch alle ihre Sprachrohre sind sich darin einig: es ist eben dieser Rechtsstaat der die Bestrafung der Angeklagten aus der RAF verlangt, egal wie.

Die blutrünstigen Fotoserien der gesamten bürgerlichen Presse über die Überfälle die der RAF zugerechnet werden, sollen nichts anderes bezwecken, als den Ruf nach dem "kurzen Prozeß" Nach dem Motto "4 gegen uns alle" (Der Stern) bemüht sich die Bourgeoisie die reaktionäre Ausrichtung des Staatsapparates als Schutz für die Interessen der Werktätigen zu verkaufen.

Genausowenig wie die Arbeiterklasse dem Anarchismus zustimmt, läßt sie sich für den Staat der Bourgeoisie mobilisieren. Längst läßt sich nicht mehr verbergen, daß die reaktionäre Formierung der Klassenjustiz gegen das revolutionäre Proletariat gerichtet ist. In Fürth sah sich die Bourgeoisie gezwungen, Arbeiter der Munitionsfabrik Dynamit-Nobel zu verhaften, um ihren Streik gegen Massenentlassungen zu zerschlagen. Im Namen des "Rechtsstaates" erhob sie den Vorwurf des Landfriedensbruchs verteidigte sie die Aufrechterhaltung der Munitionsproduktion. Die Antwort der Fürther Bevölkerung auf diese Vorbeugehaft: 500 demonstrierten die Klassen-solidarität mit den streikenden Arbeitern. Dieser Staat ist nicht der Staat der Werktätigen. Er bewaffnet sich mit gutem Grund bis an die Zähne, denn er dient der Verteidigung der menschenfeindlichen und verfaulten Ausbeuterherrschaft der Imperialisten. Die Arbeiterklasse wird ihn zerschlagen und einen Staat errichten, der, weil er die Interessen der Arbeiter und Werktätigen durchsetzt seine Existenz nicht mit Waffen gegen das Volk verteidigen muß.

Herbert Marks FREIGEKÄMPFT

Nach fast dreimonatiger Untersuchungshaft, zwangen wir die Klassenjustiz den Genossen Herbert Marks freizulassen. Eine 8-monatige Haftstrafe wurde gegen ihn verhängt aber auf "Bewährung" für 3 Jahre ausgesetzt.

Er hatte wie viele andere in Kreuzberg für eine Kinderklinik ins Bethanien und gegen die menschenfeindliche Gesundheitspolitik des SPD-Senats gekämpft. Trotz der täglich schärfer und brutaler werdenden Einsätze der Polizei, ließ er sich nicht davon abhalten, für diese Ziele zu demonstrieren. Wir sind aber keine Märtyrer, die sich wehrlos von der Polizei knüppeln und verletzen lassen. So hat der Genosse Herbert sich wie die anderen gegen die willkürlichen Polizeiüberfälle geschützt. Jetzt sollen seine Stiefel "Tatwaffen" sein und seine sonstigen Schutzmaßnahmen (Helm etc.) ihn als "Rädelsführer" ausweisen. Deshalb forderte der Staatsanwalt 10 Monate Gefängnis ohne Bewährung!

Forts. S. 2

Berufsverbot	S4
Arbeitslosigkeit im Sozialismus?	S6
1. Mai 75	S7
Interview mit C. Semler	S8

Nicht zusehn — kämpfen!

BUNDESGERICHTSHOF BESTÄTIGT HOHE HAFTSTRAFEN GEGEN KBW-MITGLIEDER

Zu Haftstrafen zwischen 8 und 12 Monaten ohne Bewährung wurden in Mannheim 5 Funktionäre des KBW verurteilt, drei weiteren Angeklagten wurde "Bewährung" zugestanden. Dieses Verfahren geht zurück auf eine Demonstration in Heidelberg im Jahre 1970. Dort fand eine "Entwicklungshilfekonferenz" unter der Leitung des US-Kriegsverbrechers McNamara statt. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) rief damals zur Vertreibung der Imperialistenhülfinge auf und organisierte eine Demonstration mit 2000 Teilnehmern zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker. Die Polizei beging mehrere gewalttätige Übergriffe gegen die Demonstranten, denen nachher vor Gericht zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie eine Bullenkette erfolgreich durchbrochen hatten. Dieses Urteil gewinnt Bedeutung vor allem dadurch, daß das nunmehr rechtskräftige Urteil auf Initiative der Staatsanwaltschaft und des Bundesgerichtshofs in dieser Höhe gefällt wurde. Hiermit wird von den Kommandohöhen der bürgerlichen Klassenjustiz ein Angriff gegen alle diejenigen geführt, die sich der Polizeiwilkkür gegenüber Demonstrationen nicht beugen, sondern auf ihrem Recht auf die Straße bestehen. Somit tritt dieses Urteil in die Reihe von Prozessen wie den gegen Uli Kranzsch, den Kölner Vietnamprozeß und den Münchner Anti-Kriegstagsprozeß. Deswegen erheben wir die Forderung nach Aufhebung des Urteils und kämpfen für die Freilassung der verurteilten Genossen!

Der KBW übrigens erhebt diese Forderung nicht. Der Artikel der Kommunistischen Volkszeitung (Nr. 16, S. 2) mit dem dieses Schandurteil der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird, endet mit folgenden Sätzen die nichts weiter propagieren als einen Verzicht auf den Kampf an dieser Front: "Die Bestätigung der Urteile durch den Bundesgerichtshof war zu erwarten, hatte doch der Bundesgerichtshof selbst diese Urteile dem Gericht vorgeschrieben. Sie kann nichts daran ändern daß die gerechte Sache der Revolution, die die Verurteilten vertreten sich hier und überall auf der Welt gut entwickelt." Damit hat sich. Nirgendwo die Forderung nach Freilassung der Genossen - kein Kampfschritt.

Aber wenn wundert es, wenn der KBW die kämpferische Demonstration von Heidelberg behandelt wie eine Jugendsünde, an die er sich nicht gern erinnert! Hat er doch in der Zwischenzeit dutzende Male von dem Kampf um die Verteidigung der Kommunistischen Agitation und Propaganda Abstand genommen. Die Demonstration in Köln, auf die der Kölner Vietnamprozeß folgte, war für den KBW "wie ein Dackel der ein Polizistenbein bepinkelt". Ihre Leisetreterei gegenüber dem Ausschlußterror der Gewerkschaftsführung ist für die Bonzen geradezu eine Ermutigung. Gegenüber dem staatlichen Terror der Bourgeoisie der DDR geht der KBW aber noch einen Schritt weiter als nur vor dem Kampf zu kapitulieren: Er nennt die Genossen der KPD, die vor dem Treptower Ehrenmal in Ostberlin gegen die Supermächte demonstrierten "Provokateure" und tritt damit an die Seite der Breshnew-hörigen DDR-Bourgeoisie.

18 MONATE HAFT FÜR GENOSSEN DER DER KPD/ML

Zwei Genossen der KPD/ML sind nunmehr rechtskräftig zu unerhört hohen Haftstrafen verurteilt worden: Peter Bayer zu 18 Monaten und Hubert Lehmann zu 12 Monaten. Sie werden beschuldigt an der "Roten Antikriegsdemonstration" der KPD/ML in München im Sommer 1972 teilgenommen zu haben. Die ROTE HILFE erklärt ihre Solidarität mit den Verurteilten und fordert die Aufhebung der Urteile!



Bild: Polizeiüberfall am Werkstor

Forts. Dynamit Nobel

Zeit bestätigten sich auch Vermutungen, nach denen die Kollegen abgeschoben werden sollen.

Um jeden Widerstand im Keim zu ersticken, griffen die Konzernbosse zum Mittel der totalen polizeilichen Repression. Am Freitag (16.5.) hielten ca. 700(!) Polizisten in Schlägermontur mit einem Panzerspähwagen und 2 Wasserwerfern den Hof der Firma besetzt und nahmen jeden Flugblattverteiler des inzwischen gegründeten Komitees "Für die sofortige Freilassung der inhaftierten türkischen Kollegen" fest.

Nach den Berichten eines Kollegen aus dem Betrieb sah es nach dem Streik dort so aus: In den Hallen wurden vermutlich Telekameras angebracht und Polizeispitzel werden zur Überwachung der Kollegen eingesetzt. Am Band sieht es so aus: Ein Deutscher, ein Türke, ein Spitzel. Mehrere Meister und eine reaktionäre türkische Betriebsrätin haben sich seit dem Polizeiüberfall nicht mehr im Betrieb sehen lassen weil sie eine Tracht Prügel erwartet.

Worum geht es bei diesem Streik?

Die türkischen Kollegen traten in diesem Streik als die konsequentesten Kämpfer auf. Sie sind es, die von den Folgen der kapitalistischen Krise am härtesten getroffen werden, sie fungieren als eine Reservearmee, die in der Krise entlassen wird. Bevor die deutschen Kollegen an der Reihe sind. Auf diesen Unterschied setzen die Kapitalisten und setzen alle Polizeigewalt gegen die türkischen Kollegen ein - damit nicht der Funke überspringt auf die gesamte Belegschaft. Die türkischen Arbeiter haben angesichts der Bedrohung ihrer Existenzgrundlage als erste die Angst

Spenden an J. Pötschka, Kto. 222297-852
Pösch, Nürnberg, Kennw. "Dynamit Streik"

überwunden und den Kampf aufgenommen. Sie sind damit ein Vorbild für die gesamte Arbeiterklasse und im Kampf um ihre Freilassung müssen wir dieses Vorbild überall propagieren. Unsere Losung heißt: Deutsche und ausländische Arbeiter - eine Kampffront.

In diesem Kampf bemühte sich die ROTE HILFE im Rahmen des Komitees zunächst um die juristische Unterstützung der Kollegen.

Durch Hausbesuche und Stadtteilagitation wurden bis zum 21.5. 200.-DM gesammelt um die plötzlich mittellose gewordenen Familien der eingesperrten Türken zu unterstützen.

Inzwischen ist die Solidaritätsbewegung gegen diese staatliche Terroraktion stark angewachsen. Am 21. 5. kam es in Fürth zu einer Demonstration, an der sich 120 Menschen beteiligten. Am Samstag (24.5.) demonstrierten wiederum 500 Menschen davon etwa die Hälfte türkische Arbeiter. Aufgerufen hatte ein breites Aktionsbündnis von KPD, ROTE HILFE, LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS, FRAP, ATÖF, KPD/ML und die türkischen Arbeitervereine von Nürnberg und Fürth.

Köln: Prozess gegen türkische Revolutionäre

Der Prozeß gegen die 4 türkischen Revolutionäre, die seit einem Jahr in Köln in Untersuchungshaft gehalten werden soll am 27. Juli in Köln beginnen und 3 Monate dauern. Mit diesem Prozeß will der Staatsapparat einem Verbot der Patriotischen Einheitsfront der Türkei (PEF), der die Genossen angehören, näher kommen. Damit soll den türkischen Kollegen die Möglichkeit genommen werden sich revolutionär zu organisieren. Die Aburteilung führender Genossen wie Ömer Özerturgut soll alle vom Kampf abschrecken.

KEIN VERBOT DER PEF!

An die Gefangenen in Tegel

Am 1. Mai fand vor der Haftanstalt Tegel in Westberlin eine Kundgebung der ROTEN HILFE statt. In diesem Gefängnis wird seit viereinhalb Jahren der Genosse Horst Mahler gefangen gehalten. Der Genosse D. Kunzelmann, selbst vor wenigen Monaten aus diesem Gefängnis entlassen, richtete die folgenden Worte an die Gefangenen: Gefangene! Genossen!

Heute am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse feiern die Völker der Welt den endgültigen Sieg der bewaffneten Arbeiter und Bauern in Südvietnam und Kambodscha über den US-Imperialismus und seine Marionetten. An diesem 1. Mai sind unsere Gedanken, ja auch unsere Herzen in Pnom Penh und Ho Chi Minh-Stadt. Dort haben die Arbeiter und Bauern nach jahrzehntelangem Kampf ihre Unterdrücker verjagt. Dort gibt es jetzt keine Strauß und Schmidts, Neubauer Korber, Glaubrechts und Konsorten mehr! Die Volksfeinde haben sich entweder in letzter Sekunde aus dem Staube gemacht oder sie werden vom Volk ihre verdiente Strafe erhalten. Die US-imperialistischen Räuber haben einen Schlag aufs Haupt be-

kommen, von dem sie nicht mehr aufstehen werden, einen Schlag, dem weitere folgen werden!

Halten wir uns vor Augen, daß jetzt, in diesem Moment, Arbeiter und Bauern die Mauern der Gefängnisse und Konzentrationslager in Südvietnam niederreißen, zehntausende von politischen Gefangenen befreit sind.

Genossen! Gefangene!

Dieser Tag der Befreiung wird auch für Euch kommen! Nicht als Geschenk des Himmels, nicht als Ergebnis einer putschistischen Einzelaktion a la Stockholm. Der Tag der Befreiung für alle Gefangenen wird bestimmt vom Stand der Klassenkämpfe. Er rückt dann näher, wenn Ihr Euch einreißt in die Kampffronten der Arbeiterklasse und wenn Ihr verstärkt den Kampf gegen den kapitalistischen Strafvollzug führt. Hierzu müssen sich alle fortschrittlichen Gefangenen eng zusammenschließen (...). Jeder politische Gefangene der durch die Klassensolidarität freigekämpft wird, führt verstärkt den Kampf zur Zerschlagung des Ausbeutersystems und damit für die Befreiung aller Gefangenen! (...)

Das Terrorurteil gegen Horst Mahler muß fallen!

unter diesem Titel erscheint Anfang Juni ein SONDERDRUCK DER ROTEN HILFE ZEITUNG

Er stellt die politische Geschichte des Genossen dar und enthüllt, wie es zu dem Terrorurteil gegen Horst Mahler kam. Wir fordern alle fortschrittlichen Organisationen auf sich an der Verbreitung dieses Sonderdrucks zu beteiligen.

Bestellungen an: ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Forts. Herbert Marks frei

Sofort nach seiner Gefangennahme organisierten wir die Solidarität mit dem Genossen, seiner Familie und seinem berechtigten Kampf. Auf Veranstaltungen im Stadtteil, auf einer Demonstration in Kreuzberg in Agitationseinsätzen in Häusern und Hinterhöfen und Straßen sammelten wir hunderte von Unterschriften, spendeten die Kollegen insgesamt über 4000.-DM und organisierten sich neue Kollegen in der ROTEN HILFE.

So war am 6. Mai die Straße voll von Freunden und Genossen die den Prozeß besuchen wollten. Nachdem nur etwa 30 eingelassen wurden, verblieben den ganzen Tag nochmal so viele draussen auf der Straße, berichteten den Anwohnern über den Stand des Prozesses, machten Kundgebungen und eine kleine Demonstration.

Genosse Herbert berichtet selbst über den ersten Prozeßtag:

"... So gestärkt ging ich ruhig zum Prozeß mit der Gewissheit, eine gute Sache zu verteidigen und die volksfeindliche Politik in Senat und Verwaltung anzuklagen genau wie den Polizeiterror und die gesamte staatliche Unterdrückung. Beim Betreten des Saales wurde ich stürmisch mit "Rot Front" und der Forderung "Sofortige Freilassung von Herbert Marks" begrüßt. Nach der Eröffnung klagten wir an und die getrimmten Polizeizeugen mußten unsere Anklage über den Polizeiterror bezeugen (...). Wir Angeklagten ließen uns nicht auf schwere Stiefel und Glasmurmeln als Waffen ein, sondern sagten: Es ist richtig und notwendig geschützt gegen Polizeiüberfälle zu kämpfen! Diese Bloßstellung der Zeugen konnte das Gericht nicht länger ertragen und nach Antrag des Staatsanwalts, den "bezahlten Mob" aus dem Gerichtssaal auszuschließen, wurde die Öffentlichkeit für die Dauer des Prozesses ausgeschlossen. Es ist dem Gericht aber nicht gelungen, still und heimlich hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. Durch geöffnete Fenster wurden Flugblätter hereingerührt, die Fahne der ROTEN HILFE wehte vor den Fenstern und an der gegenüberliegenden Hauswand prangte das Transparent: Sofortige Freilassung von Herbert Marks!

Wir machten dem Gericht klar, daß es nicht möglich ist das öffentliche Interesse an dem Prozess zu unterdrücken. Und durch lautes Rufen vor dem Gericht wurde den Bütteln so manches mal das Wort abgeschnitten. Die Öffentlichkeit ging durch die Tür raus und kam durch die Fenster wieder rein. Durch Druck dieser breiten Solidaritätsfront wagte das Gericht nicht mehr, mich länger in Haft zu halten. Ich wurde auf Haftverschonung bis zum nächsten Prozeßtag freigelassen. Meine Entlassung wurde dann sehr schnell durchgeführt, wobei sich die Schlüsselknechte fast überschlugen. Die, die nichts zu tun hatten, standen hinter Fenster und Türen und bestaunten fassungslos die breite Front der Genossen, die vor dem Gefängnis ausgeharrt hatten mit Liedern, Agitation und Propaganda. Stürmisch wurde ich begrüßt mit Blumen, dem Solidaritätslied und vielen Umarmungen. Anschließend fuhr ich nach Kreuzberg an den Ort, wo ich festgenommen wurde und hielt eine Kundgebung ab. Kollegen, Freunde und Genossen! Wir sind auf dem richtigen Weg, das beweist uns unser Kampf jeden Tag und die Lehre für den nächsten Prozeßtag heißt: Unser Kampf ist gerecht und läßt sich nicht verbieten!"

Das Urteil muß weg!

Das Gesinnungsurteil von 8 Monaten gegen Genossen Herbert muß fallen! Der Genosse hat sofort Widerspruch eingelegt und kämpft nun mit uns für den Freispruch. Landesverband Westberlin

IMPRESSUM

Verantw. i. S. d. Pr. ges.: R. Pohl,
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Hrsg.: Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

SCHÜTZT DIE REVOLUTIONÄRE PRESSE!

Sein ganzes Leben lang wird der Arbeiter ausgebeutet. 10 Jahre, 20 Jahre gehst Du arbeiten Kollege. Die Kapitalisten verdienen sich reich an Dir. Dann kommen Massenentlassungen Arbeitslosigkeit und Du weißt: Auch 100 Jahre Arbeit bringen Dir keine gesicherte Existenz. Was anderes ist dieser Staat also als ein "Ausbeuterstaat"?

Du liest jeden Monat, manchmal jede Woche von Polizeiübergriffen - von erschossenen Arbeitern, von "Fahndungen in Stadtvierteln", von einzelnen Schikanen. Routhier Dobhardt, Jendrian, Rohs - diese Namen sind für die Bevölkerung mit der Erkenntnis verbunden, daß immer mehr Menschen Opfer der systematischen Aufrüstung der Polizei werden. Kann man dies anders als mit "Polizeierror" bezeichnen?

Die Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler vor "Deinem" Betrieb werden immer wieder behindert, viele wegen "belei-



Einsatzbesprechung im Verlauf des Scheuch-Prozesses: rechts Richter Kaumanns (verhängte 93 Monate Gefängnis im Kölner Vietnam-Prozeß); Mitte: Oberspitzel Baldrich (unter Kollegen: "Chaoten-Baldrich").

Scheuch-Prozeß

Weil sie als Kandidaten des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) für das Kölner Studentenparlament die Wahlzeitung verteilt hatten, wurden 2 Genossen zu 6 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt! Ein 3. Genosse bekam unter Hinzuziehung eines anderen Verfahrens 9 Monate! Anzeige erstattet hatte der Kölner Soziologie-Professor Scheuch, der sich durch Enthüllungen in der Broschüre über die Volksfeindlichkeit seiner "wissenschaftlichen" Tätigkeit beleidigt und "verleumdet" fühlte. Dieses Urteil muß fallen!

Die INTERNATIONALE SOLIDARITÄT vor Gericht: 4 Mon. Gefängnis

Die Klassenjustiz versucht, revolutionären Redakteuren Daumenschrauben anzulegen. Zu 4 Monaten Haft wurde Chr. Hommerich, ehemals presserechtlich Verantwortlicher für die "Internationale Solidarität" (Zeitschrift der Liga gegen den Imperialismus) verurteilt. Zum Vorwand wurde die Berichterstattung der "Internationalen Solidarität" über den Polizeierror gegen die Dortmunder Demonstration gegen den Besuch des Sozialimperialisten Breschnew im Mai 1973 genommen. Die Urteilsbegründung nennt den Maßstab für "erlaubt" und "nicht erlaubt": "Nicht die Gesinnung des Angeklagten als solche ist strafmaßgebend, sondern die Tatsache daß die bloße Beleidigung (der Polizeiführung) gar nicht das Ziel des Angeklagten gewesen ist, sondern die Schaffung einer revolutionären Krise um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben."

digender Äußerungen" in den Schriften von den Gerichten verurteilt. Daran, daß es gerade die Verteiler der revolutionären Organisationen sind, die man verfolgt, hast Du gemerkt: Das ist die Justiz der herrschenden Klasse.

Wir sagen die Wahrheit wenn wir vom Ausbeuterstaat, von Polizeierror und Klassenjustiz sprechen!

Aber die Wahrheit vertragen die Unterdrücker nicht. Sie fürchten sie, weil sie aus dem Mund von Revolutionären kommt und die Volksmassen gegen dieses imperialistische Gesellschaftssystem mobilisiert.

In einem Presseprozeß hat der Staatsanwalt klar gesagt, worum es geht: Bei den revolutionären Organisationen werde nicht die "durchaus wünschenswerte Kritik" an "einzelnen Mißständen" geübt. Richtig, Herr Staatsanwalt! Wenn auf einem Feld Unkraut neben Unkraut steht, muß das ganze Feld umgepflügt werden! Das Ziel der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Organisationen ist die Zerschlagung des imperialistischen Systems und die Errichtung des Sozialismus. Und weil dies der einzige Ausweg zur Überwindung aller Mißstände ist, wird kein Staatsanwalt und kein Gericht die Propaganda für dieses Ziel aufhalten können! Ganze Gesetzbücher voll hat die herrschende Klasse geschrieben um ihr Eigentum ihren Profit, ihren Ausbeuterfrieden zu schützen. Ein ganzes Bündel Strafgesetze ist gegen die revolutionäre Propaganda gerichtet, von denen gegenwärtig der § 90 a am häufigsten angewandt wird. Er stellt die "Beschimpfung" der Verfassung und die "Verunglimpfung" von Staatsorganen unter Gefängnisstrafe.

Den Angeklagten wird vor Gericht die Möglichkeit gegeben, zu beweisen daß wahr ist was sie geschrieben oder gesagt

WER DAS AUSBEUTERSYSTEM "VERACHTLICH MACHT"...

Aus der Geschichte des § 90 a

"Also vor einem Gesetz welches dem schenrecht zuwiderläuft welches unser Recht verletzt oder gar den ausgesprochenen Zweck hat, uns zu unterdrücken unsere politische Existenz zu vernichten vor einem solchen Gesetz haben wir nicht nur keinen Respekt; ein solches Gesetz zu umgehen, zu verletzen halten wir nicht nur für nicht unrecht sondern wir halten es für unsere Pflicht, solche Gesetze zu umgehen zu verletzen unwirksam zu machen." (Stellungnahme der SPD (als sie noch revolutionär war) gegen die Gesetze des Kaiserreichs zur politischen Unterdrückung)

Der §90a ist ein solches Gesetz. Er gehört zu den sogenannten Staatsschutzparagraphen, die den Klassenstaat der Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse und ihren revolutionären Organisationen schützen sollen. In der letzten Zeit häufen sich wieder Anklagen und Verurteilungen von Revolutionären gerade mittels des §90a-"Beschimpfung und Verächtlichmachung der BRD". Verurteilung bedeutet: Gefängnisstrafe bis zu drei, in schweren Fällen bis zu fünf Jahren. Dieser Paragraph hat eine lange Geschichte in der Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse. Die Vorläufer dieses Gesetzes reichen weit zurück. 1922 wurde das Republikenschutzgesetz geschaffen, ein Sondergesetz gegen die Arbeiterbewegung. Nach §5 wurde ins Gefängnis geschickt, wer die "verfassungsmäßig festgestellte Staatsform beschimpfte". Dieses Gesetz machte den Weg frei für die Gesinnungsjustiz: Allein in der Zeit vom 1. 1. 24 bis zum 1. 8. 25 wurden insgesamt 6349 revolutionäre Arbeiter zu 4673 Jahren Freiheitsstrafe und 267 000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. 1927 wurden sogar Buchhändler wegen Verbreitung marxistischer Literatur verurteilt. Nach §8 wurde bestraft, "wer die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform beschimpft oder beleidigt und mit Über-

haben; denn die Tatsachen interessieren nicht". Mag die Polizei die Bevölkerung noch so sehr terrorisieren - nach der Logik der herrschenden Klasse gibt es keinen "Error" durch ihre Polizei. Mag der Unternehmer noch so viel an jedem Arbeiter verdienen - nach der Logik der herrschenden Klasse gibt es keine "Ausbeutung" in ihren Betrieben.

Die immer massivere Anwendung des § 90 a und anderer Vorschriften wie "Volksverhetzung" (§ 130) soll dazu dienen, die revolutionären Organisationen mund-

Die Redaktion der ROTE HILFE ZEITUNG erinnert alle Leser an den in der Mai-Nummer ausgeschriebenen **Korrespondenten-Wettbewerb** Schützt die revolutionäre Presse durch die Verbesserung Eurer Zeitung! Einsendungen bis zum 20. Juni an RHZ-Redaktion, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

tot zu machen. Wie sehr gegenüber Revolutionären jedes Recht außer Kraft gesetzt wird, wenn es hinderlich wird, zeigt sich daran, daß in Flugblättern selbst diejenigen Aussagen bestraft werden, die auch im Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands stehen. Das sogenannte Parteienprivileg wird für Kommunisten außer Kraft gesetzt.

Die revolutionäre Bewegung läßt sich nicht mundtot machen. Jeder 90 a-Prozeß schürt neue Empörung, bringt bisher noch abseits stehende Menschen dazu, sich mit uns für die Verbreitung der Wahrheit und die revolutionäre Propaganda einzusetzen. Unsere Antwort gegen die Verfolgung der revolutionären Presse ist der Aufruf an alle Arbeiter und Werktätigen:

Lest die revolutionäre Presse!
Abonniert die ROTE HILFE ZEITUNG!
Schreibt an die ROTE HILFE ZEITUNG,
verkauft sie weiter!
Weg mit § 90 a!

legung verächtlich macht". Die SPD-Führer Deutschnationalen und Faschisten richteten sich mit diesem Gesetz vor allem gegen die KPD. Der SPD-Innenminister Severing erklärte: "Der Machtkitzel der kommunistischen Gewalthaber wird einen deutlichen Dämpfer erfahren." Das neue Gesetz wurde vom Nazi-Innenminister Frick dann umgehend gegen die Arbeiterbewegung in Thüringen eingesetzt. 1932 wurde in einer Notverordnung dieses Gesetz weiter verschärft: "Wer öffentlich das Reich oder eines seiner Länder ihre Verfassung ihre Fahnen oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht wird bestraft". Jede Kritik am Staat und seinem Apparat wurde kriminell. Notverordnung vom 4. 2. 1932: nach §9 konnten Druckschriften verboten werden wenn "in ihnen Organe Einrichtungen Behörden oder leitende Beamte des Staats beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden."

§90a Strafgesetzbuch der Bundesrepublik: "Wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften Tonträgern Abbildungen oder Darstellungen (...) die BRD oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht ..."

Im Potsdamer abkommen sollte nach der Niederschlagung des Faschismus die Grundlage eines antifaschistischen Deutschland gelegt werden. Die Hochverratsparagraphen und die Notverordnungen wurden ersatzlos gestrichen: "Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlage für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung weder

Presseprozeß in Aachen: Sonderjustiz wegen „umstürzlerischer“ Ziele

Am 17. und 24 April standen drei Kommunisten, 2 Genossen der KPD/ML und Jochen Luczak, Landtagskandidat der KPD vor dem Amtsgericht in Aachen. Sie sind angeklagt den Staat durch Verbreiten von Flugblättern "verächtlich" gemacht zu haben. Die Flugblätter bezogen sich auf den Mord an dem kommunistischen Arbeiter Günther Routhier.

Das Gericht kümmerte sich nicht um den Wahrheitsgehalt der angeblich "verächtlich machenden" Flugblätter, sondern hatte allein die politischen Ziele der Angeklagten im Auge. Diese seien "umstürzlerisch". So legt das Pressegesetz fest, daß in Presseorganen vorgebrachte Beleidigungen oder Verleumdungen nur bis zu 6 Monaten nach dem Erscheinen strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Als die Verteidigung sich auf dieses Recht berief, wurde es außer Kraft gesetzt. Richter Cramer lehnte einen entsprechenden Antrag mit der Begründung ab: für die Propagierung umstürzlerischer Ziele gäbe es keine Verjährung. Um zu verhindern, daß vielen Leuten aus der Bevölkerung an so einem Prozeß anschaulich klar wird, daß die Justiz nicht Recht im Namen des Volkes spricht, wurde jeder Besucher von zwei Spitzelwagen aus fotografiert. Der vom Berufsverbot bedrohte Lehrer Albert Sparla besuchte mit seiner Klasse die Gerichtsverhandlung. Ein paar Tage später wurde er zum Stadtrat Hanl zitiert, der ihm klar zu machen versuchte, daß die Schlichter durch eine solche Gerichtsverhandlung leicht ein "schiefes Bild" von der Justiz bekämen!

Am 2. Verhandlungstag zog sich der Richter nach 10 Minuten zurück und kam kurzer Zeit wieder mit dem Beschluß, daß der Prozeß an die Staatsschutzkammer nach Köln verlegt werde. Mit andern Worten: allein eine besondere Rechtsauslegung reicht nicht aus, um die Genossen zu verurteilen, da muß auch noch ein besonderes Gericht mit einem besonderen Richter - dem Kölner Kommunistenjäger Somoskeoy - her.

rechtlicher noch administrativer oder irgendeiner anderen Art wird geduldet."

1947 jedoch wurde in der BRD die politische Strafjustiz wieder eingeführt und eingesetzt gegen diejenigen, die für Sozialisierung statt Demontage eintraten. Die Zeitungen der KPD wurden zeitweise verboten. 1951 folgte das erste Strafrechtsänderungsgesetz gemeinsam von SPD und CDU, in dem unter anderem der heutige §90a eingeführt wurde. Dieser Paragraph war beinahe wörtlich von der Notverordnung von 1932 abgeschrieben!

Die Begründung des Bundestages lautete: "Diese Delikte gefährden das für das Funktionieren dieses Staates unerlässliche Vertrauen in die demokratische Ordnung, und sind schon als solche besonders strafwürdig, da gerade die hemmungslose Propaganda den Boden für die Staatsumwälzung vorbereitet."

Damit war erneut der Weg frei für die Klassenjustiz, jede revolutionäre Äußerung die ja gerade deswegen revolutionär ist weil sie den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie - unserer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" - fordert, weil sie die Gesetzmäßigkeit der Unterdrückung in diesem System bloßlegt, zu verfolgen. Anfang der 60er Jahre erklärte ein Generalstaatsanwalt: "Die Durchführung aller Verfahren, die nach dem derzeitigen Recht möglich wären, würden die Staatsanwaltschaften und die Gerichte ersticken." Mit dem Anwachsen der revolutionären Agitation und Propaganda, mit dem Neuaufbau der revolutionären Organisationen und dem erneuten Anwachsen der Klassenkämpfe wird auch der §90a wieder verstärkt von der Klassenjustiz eingesetzt.

Gerd Heide muss Lehrer bleiben!

Am 7. Mai wird der kommunistische Lehrer Gerd Heide, Studienrat am Kaiser Friedrich Ufer-Gymnasium in Hamburg vom Schuldienst suspendiert und erhält Hausverbot an allen Hamburger Schulen. Was war vorausgegangen?

7. April: Die Schulbehörde beschlagnahmt die Sozialkundearbeit der Klasse 10 c über das Thema Vietnam, das G. Heide mit seinen Schülern 6 Wochen lang im Unterricht behandelt hat.

3. Mai: G. Heide wird aus der GEW ausgeschlossen, in der er als Mitglied der Initiative "Kampf den Berufsverboten für fortschrittliche Lehrer" einen zähen Kampf gegen die Liquidierung der demokratischen Rechte innerhalb der Gewerkschaft geführt hat.

Anfang Mai: Gegen G. Heide wird ein Disziplinarverfahren wegen "Verdachts der Indoktrination" eingeleitet.

7. Mai: Nachmittags wird die Suspendierung und das Hausverbot ausgesprochen.

Das ist der Beitrag des Hamburger SPD-Senats zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus: Zum erstenmal seit dem Nazi-Regime wird versucht, einen Beamten auf Lebenszeit aus politischen Gründen zu entlassen!

Als Antwort auf die Einleitung des Disziplinarverfahrens gründete sich an den Schulen Helene Lange-Gymnasium, Bismarck-Gymnasium und Kaiser Friedrich Ufer-Gymnasium ein Vietnam-Ausschuß, der zu einer Kundgebung am 7. Mai nach der 4. Stunde aufrief. Aus dieser Kundgebung entstand spontan eine Demonstration von ca. 200 Schülern zu den umliegenden Schulen unter den Forderungen:

**GERD HEIDE MUSS LEHRER BLEIBEN!
WEG MIT DEM BERUFSVERBOT, DAS
DEM LEHRER HEIDE DROHT!**

Auf einer Versammlung am Nachmittag gründeten Schüler dann das Komitee "Kein Berufsverbot für Gerd Heide!"

Unmittelbar haben die Schüler erkannt, daß sie für das Recht, im Unterricht die Wahrheit über die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfahren, kämpfen müssen! Diese Tatsache vor Augen, durchbrachen die Schüler am 9. Mai das Hausverbot,

ganzes Büschel Haare ausgerissen. Die Schüler haben sich allerdings nicht von den Hüttern dieser dermaßen "freiheitsli-



indem sie Gerd Heide in ihre Mitte nahmen und dafür sorgten, daß er den Unterricht in seiner Klasse wieder aufnehmen konnte.

Die vom Direktor herbeigeholte Polizei mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen!

Gestärkt durch diesen Erfolg, beschlossen die Schüler am 12. Mai erneut, ihrem Lehrer Eintritt in die Schule zu verschaffen. Die Antwort des SPD-Senats war nackte Gewalt: Ab 11.30 regierte im und um das Gymnasium der Polizeiknüppel. Es kam zu einem brutalen Polizeieinsatz in der Schule. Etwa 30 Polizisten stürmten die Schule, um Gerd Heide inmitten von 150 Schülern vor der Aula vorläufig festzunehmen. Jeder Schüler der im Weg stand, wurde zur Seite gestoßen oder geschlagen. Ein Schüler wurde halb bewußtlos geknuppelt, einer Schülerin ein

chens demokratischen Grundordnung" einschüchtern lassen. Sie verteidigten ihren Lehrer und nahmen 2 Fotografen, die zu Spitzelzwecken fotografierten und sich weigerten, sich auszuweisen, die Filme weg.

Da die Schüler sich auch nicht durch den brutalen Polizeieinsatz einschüchtern ließen, wurde Gerd Heide am nächsten Morgen vor seiner Wohnung in Vorbeugehaft genommen, um zu verhindern, daß er auf einer Vollversammlung in der Schule sprechen konnte.

Auch versuchte die Schulbehörde, durch Hetzbriefe an die Schüler und Eltern, den Kampf zum Stillstand zu bringen. Doch gerade die fortschrittlichen Eltern haben auf einer von G. Heide einberufenen Versammlung ihre Solidarität mit ihm bewiesen!



Zeugenaussagen zu den Polizeiübergriffen wurden von der ROTEN HILFE gesammelt. Mit dem Komitee und der Liga gegen den Imperialismus wurde in Eimsbüttel eine Kundgebung durchgeführt, auf der die ROTE HILFE hervorhob, daß die Maßnahmen gegen Gerd Heide wie hunderte von Berufsverboten, Gewerkschaftsausschlüssen und politischen Entlassungen im Betrieb beweisen, daß der imperialistische Staatsapparat den politischen Angriffen des Volkes nichts anderes mehr entgegenzusetzen hat als systematische Unterdrückung und Gewalt. Ein derart verrottetes System kann keinem der mitbetroffenen Schüler und Eltern mehr eine Perspektive bieten. Der Kampf für den Sozialismus muß auch ihr Ziel werden!

Die ROTE HILFE kämpft dafür, daß Lehrer wie G. Heide weiter unterrichten können - Lehrer, die den Schülern die Wahrheit und die Lehren vom Kampf der indochinesischen Völker nahebringen nämlich - daß das vietnamesische Volk einen gerechten Krieg geführt hat; - daß selbst die größte Militär- und Unterdrückungsmaschine von einem entschlossenen Volk besiegt werden kann; - daß die Völker in der ganzen Welt das Recht auf Selbstbestimmung immer wieder erkämpfen und verteidigen müssen; - daß die BRD-Regierung dem Pariser Friedensabkommen zuwider gehandelt hat, indem sie den Vertretern der indochinesischen Völker bis heute die Einreise in die BRD verbietet!

Im Rahmen der nationalen Vietnam-Woche der ROTEN HILFE werden wir zusammen mit den Schülern ein Vietnam-Siegesfest vor deren Schule feiern. Es lebe der Steg der indochinesischen Völker! Gerd Heide muß Lehrer bleiben! Weg mit den Berufsverboten!

Ortsgruppe Hamburg

Aus der Plattform des Komitees gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote

Am 6. April wurde in Köln das Komitee gegen politische Entlassungen Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote gegründet. An der Gründungskonferenz nahmen Delegierte aus 13 Städten der BRD und Westberlin sowie Vertreter der vom Berufsverbot bedrohten Lehrer, Professoren und Anwälte teil, unter anderem der Bremer Professor für Kernphysik Jens Scheer.

1. Die politischen Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote gehen uns alle an!

Tausende wurde in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland aus politischen Gründen aus den Betrieben entlassen; darunter vor allem jene Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendvertrauensleute und Jugendvertreter, die sich im Interesse aller Kollegen gegen Lohn- und Prämienabbau, Steigerung der Arbeitshetze und die zunehmende politische Unterdrückung eingesetzt haben. . .

Hunderte sind aus den Gewerkschaften ausgeschlossen worden. . . Darüberhinaus sollen immer mehr aktive Gewerkschafter . . . "Reverse" unterzeichnen, nach denen sie erklären sollen, daß sie nichts mit kommunistischen oder oppositionellen Organisationen bzw. Parteien zu tun haben. So treten die SPD-Gewerkschaftsführer das Prinzip, der Einheitsgewerkschaft mit Füßen. Für die Einheitsgewerkschaft sind Generationen klassenbewußter Arbeiter eingetreten, in ihr kämpfen parteilose, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gemeinsam gegen das Kapital. Die Bonzen haben aus den Gewerkschaften Richtungsgewerkschaften im Dienste des Kapitals gemacht.

Jeder, der im öffentlichen Dienst angestellt ist, muß sich - laut Rechtsprechung - Bespitzelungen sowie Sonderverhöre über seine "demokratische Gesinnung" durch den Verfassungsschutz gefallen lassen. Hunderte von fortschrittlichen Lehrern, Professoren, Künstlern, Sozialarbeitern, Kirchenangestellten und andere sind von einem vollständigen Berufsverbot betroffen, das ihre gesamte Existenz zerstört. . . Diese Maßnahmen gehen nicht nur die direkt Betroffenen, sondern uns alle an.

(Forts. nächste Seite)

Philips / Aachen:

Jugendvertreter entlassen

Ingo Clemens ist seit langem Jugendvertreter bei Philips/Aachen und seit den letzten Betriebsratswahlen auch erster Ersatzbetriebsrat. Außerdem kandidiert er für die neue Jugendvertretung, die am 6. Juni gewählt wird. Die Kollegen kennen ihn als jemand, der voll und ganz auf ihrer Seite steht und bisher an allen Punkten die Geschäftsleitung und Bonzen im Betriebsrat bekämpft hat.

Am 5. Mai erhielt er folgendes Schreiben: " . . . Die Angriffe in der Öffentlichkeit gegen betriebliche Institutionen . . . veranlassen uns das zwischen uns bestehende Arbeitsverhältnis wegen Störung des Betriebsfriedens zum heutigen Tage fristlos zu beenden. Gleichzeitig erteilen wir Ihnen ein unbefristetes Hausverbot. . . "

Ingo Clemens hatte die Kollegen zur Wahl der KPD aufgerufen, in einem Interview der "Kommunistischen Arbeiterpresse" auf die nächsten Kampfaufgaben im Betrieb hingewiesen und eine Resolution gegen das Aufstellen von Fernsehkameras im Betriebsrat (!) angekündigt.

Aber dies war nur ein Grund für seine Entlassung: Der eigentliche Grund: Die Produktion der H 4 SB-Lampen bei Philips soll eingestellt werden, weil sie von der Autoindustrie nicht - wie vorher groß angekündigt - abgenommen werden. Im Klartext heißt das: 40 bis 50 Kollegen sollen entlassen werden. Deshalb sieht sich die Geschäftsleitung - unterstützt vom Betriebsrat - gezwungen, alle die Kollegen aus dem Betrieb zu schmeißen, die den Kampf gegen diese Entlassungen organisieren. Dazu gehörte vor

allem Ingo Clemens.

Obwohl den Jugendvertretern die BR-Sitzung, auf der der Entlassung von Ingo C. zugestimmt wurde, nicht einmal bekannt war - nach § 67 Abs. 2 BVG hätten alle Jugendvertreter anwesend sein müssen - obwohl Ingo C. für die Jugendvertretung kandidiert, segnete das Aachener Amtsgericht die Kündigung ein und setzte sich über alle vorliegenden Beweise hinweg. Der Kollege Clemens hatte damit gerechnet, weil er wußte, daß Kapitalisten und Klassenjustiz unter einer Decke stecken. An die Kollegen schrieb er: "Ich mache mir jedoch keine Illusionen, daß dies sehr viel helfen wird, denn auch das Arbeitsgericht steckt mit denen doch unter einer Decke. Die Wiedereinstellung kann nur erreicht werden, wenn Ihr Kollegen von Philips und auch von anderen Betrieben Euch mit mir solidarisiert, wenn Ihr mich bei den JV-Wahlen wählt, wenn Ihr für meine Einstellung Unterschriften sammelt, wenn Ihr Eure Unterschrift gegen meine Entlassung gebt. Ein Kollege in Münster z. B. hat die drittmeisten Stimmen bei den BR-Wahlen bekommen, obwohl er rausgefliegen war. Jetzt müssen die Kapitalisten die Kündigung wieder zurücknehmen. Nur gemeinsam, Kollegen - sind wir stark!"

Auch die ROTE HILFE hat sich nicht auf den Prozeß verlassen, sondern für Ingo C. vor Philips gesammelt mit seinen Kollegen diskutiert. Im Kampf für seine Wiedereinstellung schließen wir nun auch die Kollegen im Wohnbereich für die Wiedereinstellung von Ingo Clemens zusammen!

Ortsgruppe Aachen

Staatsanwaltschaft verstärkt Ermittlungen gegen Genossen Fritz Gildemeier

Verteidigen wir die fortschrittlichen und revolutionären Rechtsanwälte!

Der Augsburger Rechtsanwalt Fritz Gildemeier, Mitglied des Zentralvorstands der ROTEN HILFE, wird wegen seines Eintretens für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, wegen seiner Angriffe auf die bürgerliche Klassenjustiz und wegen der Beteiligung an klassenkämpferischen Aktionen massiv mit Berufsverbot bedroht.

Staatsfromme Rechtsanwälte und Richter des bayrischen Ehrengerichtshofs und natürlich die Staatsanwaltschaft nahmen einen Leserbrief des Genossen Gildemeier in der "Süddeutschen Zeitung" vom 9./10.3.1974 zum Anlaß, mit den Mitteln des anwaltlichen Standesrechts ein Berufsverbot vorzubereiten. In diesem Brief hatte F. Gildemeier einen Kommentar der Zeitung angegriffen, in dem es hieß: "Von einer bürgerlichen Klassenjustiz wie in früheren Zeiten läßt sich aber (heute) keinesfalls sprechen". SZ-Kommentator Müller-Meinungen buhlte um Solidarität mit der Justiz.

(Forts. nächste Seite)

Forts. Plattform

Denn durch diese terroristischen Methoden soll jede einheitliche Klassenaktion der Arbeiterklasse gegen die Herrschaft der Kapitalisten, ihres Staates und ihrer Freunde in der SPD- und Gewerkschaftsführung im Keime erstickt werden. Sie wollen die Friedhofsruhe, die Ihnen höhere Dividenden und mehr Macht bescherehen soll.

Wir wollen dem Zusammenschluß aller klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Intellektuellen im Kampf für den Sozialismus, damit dieses System der Krise der Ausplünderung und Bedrohung anderer Völker, der Arbeitslosigkeit und politischen Erpressung ein Ende findet und ein System ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufgebaut werden kann. Sie wollen ein Klima des Terrors und der Angst vor jedem fortschrittlichen politischen Engagement schaffen, das sich gegen ihre Herrschaft richtet.

Wir wollen dem die kämpferische Solidarität der Arbeiterklasse entgegensetzen.

2. Gemeinsam sind wir stark!

Wer gegenüber diesen Einschüchterungen Entlassungen Bspitzelungen Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverboten schweigt, nützt weder sich noch seinen Kollegen. Sich ducken und stillhalten, schwächt unser aller Kampfposition und erleichtert es den Kapitalisten und Gewerkschaftsführern die Folgen der Krise auf unseren Rücken abzuwälzen.

Deshalb haben wir das Komitee aufgebaut, in dem wir die einheitliche Aktion aller parteilosen, christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter herstellen wollen um gemeinsam mit fortschrittlichen Intellektuellen für die freie politische Betätigung in Betrieb und Gewerkschaft, in Ausbildung und Beruf zu kämpfen.

Insbesondere stellt sich das Komitee folgende Aufgaben:

- Die Politik der Einschüchterung und Bspitzelung, der politischen Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote zurückzuschlagen;
- Informationen über diese Angriffe der Kapitalisten Gewerkschaftsführer und der Regierungen zu sammeln und zu veröffentlichen;
- die zersplitterten Kämpfe verschiedener Komitees die ohne Verbindung zueinander arbeiten, zu einheitlicher Aktion zu führen und in möglichst vielen Städten gemeinsame, öffentlich tagende, örtliche Komitees aufzubauen;
- dafür einzutreten daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen!

**Gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote!
Für freie politische Betätigung in Betrieb und Gewerkschaft, in Ausbildung und Beruf!
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen!**

**DAS KOMITEE UNTERSTÜTZEN
UND MITARBEITEN!**

Ich unterstütze die Forderungen des Komitees gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote und möchte Informationen und Rundbriefe zugesandt bekommen. Ich bin bereit, mindestens 5.-DM monatlich auf das Spendenkonto des Komitees zu zahlen.

Name, Vorname

Adresse

Beruf/Firma

Gewerkschaft/Funktion

Kontaktadresse des Komitees: 5 Köln, Goebenstr. 3

Konto: H. Hirsch, Stadtpark, Köln
96533286

3 Jahre Gefängnis für Dieter Hänisch

Terrorurteil gegen Kreuzberger Arbeiter

Vor einigen Monaten schon berichteten wir ausführlich von dem Arbeiter Dieter Hänisch, der in seiner Wohnung von 2 Schläger-Polizisten des berüchtigten Kreuzberger Polizeireviere 108 brutal mißhandelt wurde, so daß ihm später ein Hoden operativ entfernt werden mußte. (RHZ 9/74)

Um sich reinzuwaschen, mußten die Polizisten die Sache auf den Kopf stellen: Dieter Hänisch der sich schließlich gewehrt hatte, wurde wegen versuchten Totschlags und Widerstand gegen die Staatsgewalt von ihnen angezeigt!

Obwohl im Prozeß die beiden Schläger vom Revier 108 sich in Widersprüche verwickelten verurteilte die Klassenjustiz Dieter Hänisch zu 3 Jahren Gefängnis.

Die Kollegen aus dem Haus von D. Hänisch, die den Prozeß miterlebten, sahen exemplarisch die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Sie erlebten, was Klassenjustiz für die Arbeiter bedeutet. Das Urteil will alle einschüchtern die es wagen sollten sich gegen Polizeischikane und Terror zu wehren.

Obwohl wir dieses Terrorurteil nicht verhindern konnten, ist es gelungen, durch Hausbesuche und Versammlungen Kollegen im Haus von Dieter H. zusammenzuschließen. Gerade hinsichtlich der auch auf Kreuzberg zukommenden "Polizeireform" ist der Zusammenschluß in den Häusern von großer Bedeutung. Im Haus von D. Hänisch wird sich gewiß kein "Kontaktbulle" als "Freund und Helfer" einschleichen können. Die Kollegen haben auch gelernt, wie wichtig es ist, die täglichen Widersprüche zwischen Hausbewohnern solidarisch zu lösen und nicht den Polizisten zu überlassen.

Das sind die ersten wichtigen Schritte im Kampf gegen das Polizeirevier 108, den Zusammenschluß der Kollegen im 36er-Bezirk. Wir müssen dafür sorgen,

daß die Polizeischläger, die den Kollegen Dieter Hänisch ins Gefängnis brachten, sich auf den kreuzberger Straßen nicht mehr sehen lassen können! Das Terrorurteil muß fallen - die Polizeischläger auf die Anklagebank!

Ortsgruppe Kreuzberg

»KOBs« in Westberlin

Wiedergeburt des faschistischen Blockwartsystems!

Im Rahmen der Berliner Polizeireform wurde nun schon in 2 Bezirken der "Kontaktbereichsbeamte" eingeführt. Er soll vor allem dazu beitragen die schlechten Erfahrungen die die Werkstätigen mit den "Bullen" gemacht haben wettzumachen; er soll das Bild vom "Freund und Helfer" wieder herstellen aber hinter der Maske des Biedermanns mit der er auftritt und sich in das Vertrauen der Werkstätigen einschleichen soll, steht der staatliche Schnüffler der in aller Privat späre eindringt. Wie nun schon in Charlottenburg werden diese Spitzel sich vertrauensvoll an jeden einzelnen wenden: "Sagen Sie, bei Ihnen im Haus wohnen da junge Leute in einem Kollektiv, ist Ihnen da bisher verdächtiges aufgefallen? Wenn Sie etwas erfahren lassen Sie es mich doch bitte wissen!" Für jeden Kollegen bedeutet diese "Reform": Er hat mit Ermittlungen der Polizei zu rechnen wenn er einem anderen Hausbewohner unliebsam geworden ist und dieser ihn anschwärzt. Dem Denunziantentum wird Tor und Tür geöffnet. Gerade die Zwietracht unter den Werkstätigen ist aber ein guter Nährboden für Übergriffe und Schikanen der Polizei. Auch die Bullen, die Peter Hänisch krankenhaureif schlugen wurden von einem Hausbewohner in gerufen.

Das Hauptinteresse der staatlichen Schnüffler gilt jedoch denjenigen Kollegen, die sich organisieren, um für ihre Interessen

tale Waffen der herrschenden Klasse gegen die Millionen Unterdrückten. Ihr Auftreten vor Gericht entscheidet sich nicht danach, wieviel Gebühren sie kassieren können, sondern danach, wie sie den Werkstätigen zur Durchsetzung ihrer Interessen vor Gericht verhelfen können. Viele von diesen Anwälten stehen auch auf der Straße an der Seite der kämpfenden Werkstätigen.

Gegen politische Anklagen führen sie eine politische Verteidigung, statt als bloße Randfiguren den Schein der "Gerechtigkeit" und "Neutralität" des Gerichtsverfahrens zu bekräftigen.

Gesetze, die ihr nachteilig und lästig sind, hat die Bourgeoisie schon immer geändert und gebrochen. Wie sehr es ihr heute darauf ankommt, jede politische Verteidigung auszuschalten, beweisen die Gesetze zum Verteidigerausschluß, die Ausschaltung der Verteidigung im Stuttgarter RAF-Prozeß, das beweisen die täglichen Behinderungen der Verteidigung in den Gerichtssälen, die Bestellung von Zwangsverteidigern, die Vorbereitung von Berufsverboten, gerade kürzlich die Vorbereitung einer Ehrengerichtsverhandlung auf der Rechtsanwalt Groenewold seine Zulassung entzogen werden soll.

Fritz Gildemeier wird deshalb besonders massiv verfolgt, weil er nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch auf der Straße umfassend für die Interessen der Werkstätigen eingetreten ist: 1974 verteidigt er den Augsburger Georg Meyer der wegen Beleidigung vor Gericht stand, weil er den Augsburger Rechtsanwalt Hoffmann ("Gebühren-Hoffmann") als einen "Kerl" bezeichnet hatte, "der die Leute auf hinterhältigste Weise anschlmiert". Hoffmann hatte für eine einzige Stunde Arbeit 1600.-DM Gebühren gefordert. Die reaktionären Vertreter der Anwaltskammer waren allesamt auf den Beinen; als die ROTE HILFE den Prozeß bekannt machte und Fritz Gildemeier im Prozeß und auf der Straße dieses Gebührenunwesens angriff. Der Genosse verteidigte Redakteure

NEUERSCHEINUNG Selbsthilfe

Wie verteidige ich mich gegen die alltäglichen Übergriffe von Polizei und Justiz?

Hrsg.: Zentralvorstand der ROTEN HILFE
56 Seiten, A-5, Preis: 2.- (einschl. Spende für den Rechtshilfefonds),
Bestellungen an: ROTE HILFE - Vertrieb,
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Diese Broschüre wurde notwendig durch die Zunahme der alltäglichen Übergriffe von Polizei und Justiz gegen die revolutionäre Arbeit, durch die Polizeiüberfälle auf der Straße und in den Häusern zur Einschüchterung der Bevölkerung. Im Vorwort heißt es: "Dabei setzt sich der Staatsapparat immer häufiger über seine eigenen Gesetze hinweg, wenn bestehende Vorschriften hinderlich oder zu umständlich sind. ... Jeder Genosse muß wissen wie er sich und seine Organisation gegen die täglichen Übergriffe wie Personalienfeststellung, Hausdurchsuchung Beschlagnahmung vorläufige Festnahme u. a. schützen kann. Dem Zweck dient diese Broschüre. Sie ist keine Zusammenstellung der Rechte, die der Genosse angeblich nach der Strafprozeßordnung hat, sondern legt den Schwerpunkt auf das politische Vorgehen..."

zu kämpfen. In einigen Häusern im 36er Bezirk in Kreuzberg finden z. B. Mieterversammlungen statt, wo Maßnahmen gegen die Profitsanierung und die jeweiligen Hauseigentümer beraten werden. Die Kollegen dort werden es sein, die von den Polizeispitzeln zuerst erfaßt werden. Und dann dauert es keine 2 Wochen mehr bis das Personalbüro im Betrieb über die Gesinnung und Aktivität der Kollegen Bescheid wissen. Was können wir dagegen tun? Wir müssen mit jedem über die Rolle dieser Schnüffler sprechen, damit er nicht "Fisch im Wasser" sein kann, sondern bald auf dem Trockenen liegt.

der "Augsburger Jungen Presse", denen mit einer Anklage wegen Staatsverunglimpfung der Mund verboten werden sollte. Er hatte großen Anteil daran, daß sie freigesprochen wurden. Bei den bayrischen Landtagswahlen kandidierte F. Gildemeier für die KPD, die in Augsburg über 600 Stimmen erhielt.

Alle "Beweise", die die Staatsanwaltschaft im April zusammenkramte, um Gildemeier "aktive Bestrebungen (zur) gewaltsamen Beseitigung dieser verfassungsmäßigen Ordnung" nachzuweisen, zeigen nur, wie umfassend der Genosse Gildemeier für die Werkstätigen eingetreten ist:

1. Am 21. April 1973 verteilten Sie in Augsburg an der Einmündung Neuburger-Elisabeth-Straße ein gelb-braunes Flugblatt, in dem es u. a. hieß: "Kampf dem staatlichen Terror der SPD-Regierung"...
2. Am 5. Juni 1973 verteilten Sie vor der Fa. Renk in Göggingen ein Flugblatt mit der Überschrift: "Klassenjustiz verfolgt fortschrittlichen Arbeiter".
5. Gegen Sie ist ein Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs anhängig, weil Sie am 1. 3. 74 ohne gültigen Fahrausweis die Straßenbahnlinie 4 benutzten und bei Kontrolle eine Protesterklärung gegen Preisenerhöhungen abgaben...
6. In der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Augsburg am 26. 11. 74 sagten Sie beim Weggehen nach Verkündung des Urteilstenors halb zu den Zuschauern gewandt: "Kampf der Klassenjustiz!"... Ihr Verhalten und Ihre Eigenschaft als Rechtsanwalt ist in Augsburg in großem Umfang bekannt geworden."

Jawohl! Der Genosse Gildemeier ist der Bevölkerung als revolutionärer Rechtsanwalt bekannt! Daher kommt es darauf an, in allen Bereichen, auch unter den Juristen selbst den Protest durch Erklärungen und Resolutionen, durch Protestaktionen besonders bei den zuständigen Behörden in Bayern zu organisieren. Solidaritätsadressen gehen an:
Rechtsanwalt Fritz Gildemeier, 89 Augsburg, Ulrichsplatz 15.

Kapitalistisches Chaos oder Sozialismus

Unzählige Arbeiter und Werktätige in unserem Land erleben gerade jetzt in der Krise die kapitalistische Wirklichkeit ungeschminkt. Eine Million Arbeitslose, ebenso viele Kollegen die kurzarbeiten, Lohnraubabschlüsse und steigende Preise, Massenentlassungen - daneben steigende Arbeitshetze für die arbeitenden Kollegen machen deutlich: nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse, nicht der Mensch bildet die Grundlage für die Produktion in diesem System, sondern die Profitgier der Kapitalisten.

**KRISEN UND ARBEITSLOSIGKEIT
KÖNNEN NUR BESEITIGT WERDEN,
WENN DIESES SYSTEM GESTÜRZT WIRD**

Die Arbeit der Arbeiterklasse und der Werktätigen in unserem Land bringt große Mengen von Produkten hervor, die sich die Kapitalisten als Eigentümer der Produktionsmittel aneignen. Sie tauschen sie als Waren über den Markt, um ihren Profit zu realisieren. Aus Profitgier wird die Produktion gesteigert. Das erfolgt aber nicht planmäßig, sondern anarchisch nach den Bedürfnissen der einzelnen Kapitalisten. Die Steigerung führt daher zu einer (relativen) Überproduktion, die Nachfrage auf dem Markt steht dann einem viel zu großen Angebot gegenüber - die Krise entsteht.

Denn der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der kapitalistischen Aneignung wird kapitalistisch durch Bankrotte, Vernichtung von Waren, Einschränkung der Produktion, Massenentlassungen und gestiegene Arbeitslosigkeit vorübergehend gelöst, aber nur um noch größere Krisen vorzubereiten. Die Anarchie in der Produktion, das Ringen der Kapitalisten nach Profit, ihre Konkurrenz untereinander nimmt so ständig zu. Die Produktivkräfte rebellieren gegen die überholten Produktionsverhältnisse. Der einzelne Arbeiter ist lediglich interessant als Arbeitskraft, die als Ware je nach den Bedürfnissen des Kapitals gehandelt wird. Ständig besteht eine industrielle Reservearmee, Kollegen die arbeitslos sind, daneben insbesondere ausländische Kollegen, die als "Gastarbeiter in unser Land geholt werden, um so den Lohn als Preis der Ware Arbeitskraft drücken zu können.

In der Krise, infolge des Versuchs, der notwendig entstandenen Überproduktion Herr zu werden, werden dann weniger Arbeiter gebraucht, also steigt die Arbeitslosigkeit. Massenentlassungen sollen auch in der BRD wieder zum alltäglichen Bild gehören.

Beseitigt werden kann das System der Arbeitslosigkeit und der Krisen nur dadurch, daß die Anarchie der Produktion beseitigt wird, durch die Vernichtung der Herrschaft des Kapitals, den Sturz der Bourgeoisie, durch die gewaltsame Revolution und die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse, der Volksdemokratie.

DIE HERRSCHAFT DER ARBEITERKLASSE IST DER GARANT FÜR DIE BESEITIGUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Deutlich sieht man heute die Entwicklung in den sozialistischen Ländern, der VR China, der VR Albanien und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam. Diese Länder sind Schauplatz eines ständig wachsenden Aufschwungs, die Produktion und der Aufbau sind im vollen Gang, die Finanzlage ist stabil und Arbeitslosigkeit ist dort ein Fremdwort. Nicht mehr die Profitgier einiger weniger entscheidet darüber was produziert wird, sondern die Bedürfnisse der Gesellschaft. Voraussetzung ist dafür zunächst die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. Auf dieser Grundlage wird geplant an die Produktion herangegangen, die Politik muß in allem an die erste Stelle gesetzt werden. "Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles" (Mao

EIN VERGLEICH ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND DER VR CHINA



IM SOZIALISTISCHEN CHINA HABEN DIE MENSCHEN AUFGEHÖRT, NUR ANHÄNGSEL DER MASCHINEN ZU SEIN. WÄHREND BEI UNS DER PROFIT REGIERT, SIND IN CHINA DIE ARBEITER DIE HERREN DER FABRIK. SIE BESTIMMEN ÜBER DIE PRODUKTION UND SETZEN IHRE FÄHIGKEITEN ZUM WOHLERGANG DES GANZEN VOLKES EIN. Im Bild: eine gemeinsame Diskussion von Arbeitern und Studenten in der Maschinenfabrik Shenyang über die Geschichte und die ideologischen Hintergründe der Verräterclique um Lin Biao.

Tsetzung). Beispielhaft kann man anhand der Volksrepublik China sehen, daß dort die Arbeiterklasse über die Produktion bestimmt, daß auf dieser Grundlage die Arbeitslosigkeit überwunden werden kann. Die Errichtung des Gemeineigentums an Produktionsmitteln und das gemeinsame Ziel der Arbeiterklasse, der Aufbau des Sozialismus, machen es möglich, die gesamte gesellschaftliche Arbeitskraft und alle Produktionsmittel auf einheitliche Weise einzusetzen. Mit dem einheitlichen Staatsplan können die Arbeitskraft und die Produktionsmittel auf die verschiedenen Gebiete der nationalen Wirtschaft aufgeteilt werden und so Menschen, Material usw. im Lichte der Bedürfnisse der Bevölkerung, des Staates und der objektiv zwischen den verschiedenen Gebieten existierenden proportionalen Beziehungen rationell eingesetzt werden. So kann sich die Wirtschaft gleichmäßig und schnell entwickeln.

Der Staatsplan ist das Ergebnis der Zusammenfassung der Erfahrungen aus dem ganzen Land; er gibt die planmäßige weitere Entwicklung des Landes unter der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus an. Plan kommt zustande auf der Grundlage der breitesten Diskussion unter den Massen.

In allen Entscheidungen, sei es auf Staats-, Landes-, Kreis-, Kommunen-, Stadt- oder Fabrikebene, muß im ideologischen Kampf die proletarische Linie durchgesetzt werden, die der Garant für den sozialistischen Aufbau ist. Nicht materielle Anreize oder ähnliches, sondern die Tatsache, daß hier eine Gesellschaft aufgebaut wird, die zum ersten mal in der Geschichte nach den Bedürfnissen der Menschen vorgeht, ist die Triebkraft der Entwicklung.

Ein Beispiel dafür sind die "Kaderschulen des 7. Mai", bei denen die Kader durch die direkte Teilnahme an der körperlichen Arbeit ihre Verbundenheit mit den Massen ausdrücken und damit zeigen, daß sie nicht losgelöst von ihnen sind. Die Lügen der sowjetischen Sozialimperialisten, daß hier verdeckte Arbeitslosigkeit herrsche, werden durch die Realität

widerlegt. So schafft die Volksrepublik China die hohe Zahl der Arbeitslosen, die vor der Revolution existiert haben, zu beseitigen. Zuerst wurden Fonds bewilligt zur Einrichtung von Kursen für die Ausbildung derjenigen, die wenig ausgebildet waren. Im Rahmen der Agrarreform und der Entwicklung der Industrie wurden die vorhandenen Arbeitskräfte voll genutzt. Heute brauchen die Absolventen der Schulen und Hochschulen in China nicht selbst nach Arbeit zu suchen, sie wird ihnen vom Staat in einheitlicher Weise zugewiesen. Überzählige Arbeiter, die durch das Ersetzen von Einrichtungen durch die Anwendung besserer Techniken oder durch die Verbesserung operativer Methoden und der Arbeitsorganisation entstanden, werden vom Staat nach einem einheitlichen Plan bei Neubauten oder Vergrößerungen von Fabriken oder Bergwerken angestellt oder in solche Abteilungen versetzt, in denen Mangel an Arbeitskräften besteht.

**KAPITALISTISCHES CHAOS
IN DER SOWJETUNION**

Ganz anders in der Sowjetunion die immer noch unter dem Deckmantel, ein sozialistischer Staat zu sein, hausieren geht. Bei ihr sind die kapitalistischen Strukturen voll entfaltet. Nicht mehr der von den Werktätigen nach kollektiver Beratung beschlossene Staatsplan entscheidet den Gang der Produktion, sondern wie bei uns der Profit. Unter Chruschtschow hat die neue Bourgeoisie die Macht angetreten, unter Breschnew und Konsorten hat sie ihre Macht ausgedehnt und die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Staat umgewandelt. Auf der Plenartagung des ZK der KPdSU vom September 1965 wurde der Übergang zu dem "neuen Wirtschaftssystem" beschlossen. Dessen Inhalt ist, den materiellen Anreiz, nicht die kollektive Schöpferkraft der Massen, zum Hebel der Produktion zu nutzen die Vergrößerung der Unabhängigkeit der Unternehmen zu fördern und es zuzulassen, einen Teil der Profite in den Unternehmen zu lassen und unter die Angestell-

ten aufzuteilen. Die einzelnen Betriebe erhalten das Übergewicht, der Staatsplan wird zu einer hohlen Phrase.

Um hohe Profite zu erzielen, können die Direktoren der Fabriken und Unternehmen selbst über Aufnahme und Entlassung der Arbeiter entscheiden. Sie können selbst die Höhe des Lohns festsetzen und haben das Recht, Arbeiter und Angestellte zu belohnen und zu bestrafen. Damit ist die Arbeitskraft wieder zur Ware geworden. Ergebnis der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ist, daß dort wieder genauso Krisen, Rationalisierungen, Arbeitslosigkeit usw. bestehen.

So wurde 1974 bei 80% der wichtigsten Industrieprodukte wie Elektrizität, Erdöl, Eisen, Stahl, Walzgut, synthetische Harze und Kunststoffe, chemische Fasern und Turbinen die im Fünfjahresplan vorgesehene Planziffer nicht erfüllt. Das gab Ende 1974 selbst die "Prawda" zu. Das zentrale statistische Amt der UdSSR sagt selbst, daß "weiterhin schwerwiegende Mängel im Investbau bestehen: eine Anzahl von Abteilungen in Volkswirtschaft und Industrie hat es nicht vermocht, ihre Pläne zur Erhöhung des Anlagevermögens und der Produktionskapazitäten" zu erfüllen. Die Konsumgüterproduktion ist ebenfalls weit hinter den Versprechungen von Kossygin und Co. zurückgeblieben. Dagegen sind die Preise gerade für Nahrungsmittel in den letzten 10 Jahren gewaltig gestiegen, z. B. für Fleisch und Salami um 40%, die Preise für Gemüse, Kartoffeln, tierische Öle, Pflanzenöle, Zucker insgesamt am schnellsten. (vgl. Rote Presse Korrespondenz 7/75 S. 12) Daneben wird durch die steigende Militarisierung der sowjetischen Volkswirtschaft die Unausgeglichenheit der verschiedenen Wirtschaftsbereiche vergrößert, die nicht der Rüstung dienende Produktion unterminiert und die landwirtschaftliche Produktion vernachlässigt. Folge davon ist eine verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung dort, wogegen sich die Bauern durch Landflucht wehren. Zwischen 1959 und 1970 verließen jährlich 1,5 Millionen und in den letzten 2 Jahren zwei Mio die ländlichen Gebiete und zogen in die Stadt.

Dort begegnen sie, wie alle Arbeiter, dem neuen ökonomischen System, das eine große Unsicherheit der Arbeitsplätze bedeutet. In der sowjetischen Zeitschrift "Smena" wurde erwähnt, daß in den letzten Jahren die Zahl der Arbeiter, die in Industrie und Bauwesen ihren Arbeitsplatz wechselten, 10 Mio betrug. Ein Arbeitswechsel beträgt im Schnitt 23 Tage. Das bedeutet, daß jedes Jahr eine Million Menschen ohne Arbeitsplatz ist.

Alle diese Erscheinungen zeigen sich auch in den vom Sozialimperialismus abhängigen Ländern. So beträgt in Polen die Zahl der Arbeitslosen nach Trybuna Ludu 119 000 (RPK 21/75, S. 12) Aber genau wie hier die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Ausbeutung und die Unterdrückung aufgenommen hat, werden auch dort die neuen Zaren nicht länger in der Lage sein, den Widerstand des Volkes zu unterdrücken. Die sozialistischen Länder weisen dem Kampf der Arbeiterklassen und der unterdrückten Völker den Weg zu einer menschenwürdigen Gesellschaft, in der frei von Ausbeutung und Unterdrückung zum ersten mal in der Geschichte das Volk daran gehen kann, seine Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Das Studium vertiefen!

Zum weiteren Studium schlagen wir vor:
- zum Thema Krise, Überproduktion:

L. Segal, Lehrbuch der Politischen Ökonomie, S. 251-265 und S. 378-414

- zum Aufbau des Sozialismus in China und zur kapitalistischen Restauration in der SU ausgewählte Nummern der PEKING RUNDSCHAU. Jahrgang 1973 die Nrn. 11 und 49, Jahrgang 1974 die Nrn. 7, 14, 31, 37; Jahrgang 1975 die Nrn. 1 und 11.

FRANKFURT

Die Ortgruppe hatte vor dem 1. Mai diskutiert, daß wir an diesem Tag gerade auch den Kontakt mit den politischen Gefangenen verbessern müssen. Deshalb beschlossen wir, am 1. Mai morgens eine Kundgebung vor dem Untersuchungsgefängnis in Preungesheim zu veranstalten. Da nach einer erfolgreichen Kundgebung für die damals noch inhaftierten türkischen Patrioten Himmet Subasi und Yildirim Dayeli inzwischen alle Kundgebungen vor dem Gefängnis (wegen der großen Einwirkung auf die Gefangenen) verboten werden, trafen wir unsere Vorbereitungen, um eine geordnete Durchführung der Kundgebung und einen sicheren Rückzug zu gewährleisten. Als wir dann mit unserer Ansprache begannen, wurden wir sofort von den Gefangenen begeistert begrüßt. Sie riefen uns zu, winkten und schwenkten Betttücher. In unserer Ansprache gingen wir ein auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte wie auf die verstärkten Repressionsmaßnahmen des Staatsapparats mit den sich dieser auf den Widerstand der Volksmassen vorbereitet. Unter der Forderung Freiheit für alle politischen Gefangenen! machten wir klar, daß sich dieser Terror zwar hauptsächlich gegen die Fortschrittlichsten richtet, daß aber jeder, der mit dem Staatsapparat in Konflikt gerät, dies zu spüren bekommt. Das zeigen die Arbeitermorde ebenso wie die zunehmende Brutalität in den Polizeistationen oder die willkürlich langen Untersuchungshaftzeiten. Wir unterstützten besonders den Kampf der ausländischen Gefangenen gegen die langen Untersuchungshaftzeiten und forderten gegen die noch bestehende Spaltung: "Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront gegen Unterdrückung und Terror in den Gefängnissen!" Wir forderten die Gefangenen, sich an die ROTE HILFE zu wenden, nannten unsere Adresse und beendeten die Kundgebung, indem wir gemeinsam riefen: "Solidarität hilft siegen - schafft ROTE Hilfe!"

Nach diesem erfolgreichen Beginn des Kampftages der Arbeiterklasse trugen wir weiter zur Stärkung der revolutionären im oppositionellen Block der DGB-Demonstration und bei der Roten 1. Mai-Demonstration bei.

1. MAI 1975

ORTSGRUPPEN BERICHTEN



AACHEN

In Aachen reihte sich die ROTE HILFE unter roten Fahnen in einen oppositionellen Block in der gewerkschaftlichen Maidemonstration ein. Die Gewerkschaftsböden veranlaßten daraufhin einen Polizeieinsatz, bei dem 11 Teilnehmer festgenommen wurden sowie versucht wurde alle roten Transparente zu entfernen. Viele Gewerkschafter und Passanten waren empört über diesen Einsatz und wandten sich an die ROTE HILFE, die eine Kollektivanzeige gegen diesen Polizeiüberfall erstatten wird. In den nächsten Tagen wurde durch Kundgebungen und durch eine Broschüre der Polizeiüberfall überall bekannt gemacht.



WESTBERLIN

HAMBURG

Die Arbeiterklasse braucht eine starke ROTE HILFE. In diesem Sinne den Kampf aufzunehmen, war ein Ziel unserer Ortsgruppe für die Vorbereitung zum 1. Mai. Wir nahmen darum Verhandlungen mit der "Roten Hilfe Deutschlands" auf. Zunächst war diese Organisation nicht bereit, mit uns und tausenden Werktätigen gemeinsam auf der DGB-Demonstration den SPD- und Gewerkschaftsböden oppositionelle Forderungen entgegenzuhalten, die Kollegen gegen die Volksfeinde zusammenzuschließen. Bei der anschließenden revolutionären Mai-Demonstration schickten sie nur einige wenige Vertreter in den einheitlichen ROTE HILFE-Block, die sich dann obendrein fast

ausschließlich auf Jubelparolen für die KPD/ML beschränkten. Der Boykott schon vor der Vorbereitung zur revolutionären Demonstration der Solidaritätsorganisationen durch die "RHD" ist ein weiteres Armutzeugnis ihres Unverständnisses, was proletarische Klassensolidarität heißt: sie stellten z. B. kein Plakat von Günther Routhier für die Demonstration zur Verfügung. Wir trugen auf Tafeln die Bilder der von der Polizei bzw. unter Polizeischutz ermordeten Günter Jendrian und Neset Danis mit, außerdem Bilder von Horst Mahler mit der Forderung: "Freiheit für Horst Mahler und alle politischen Gefangenen!" Während der Demonstration verkauften wir 300 rote Nelken zum Solidaritätspreis von 1.-DM. Der Erlös des Nelkenverkaufs und der Spendensammlung betrug 277.-DM. Das Geld ist für die politischen Gefangenen bestimmt.



Bild rechts: Maidemonstration in Hamburg
Bild links: Maidemonstration in Westberlin

Frankfurt: 1000 fordern

FREIHEIT FÜR DIE SPANISCHEN REVOLUTIONÄRE

Am 18. Mai fand in Frankfurt eine große Veranstaltung der Revolutionären, antifaschistischen und patriotischen Front Spaniens (FRAP) statt. Sie war überschattet vom Tod des Präsidenten der FRAP, Julio Alvarez del Vayo. Er war Außenminister der 2. spanischen Republik und Generalkommissar der republikanischen Armee im Bürgerkrieg. Dem Vorbild seines Kampfes folgend gelobten die 1000 Anwesenden den Kampf zu führen für die Freiheit der Gefangenen des Mai 73 (vgl. RHZ Nr. 5) sowie der Genossin Genoveva Forest, die mit anderen Genossen angeklagt ist, den Lumpen Carrero Blanco in die Luft gejagt zu haben. Immer wieder riefen die Versammelten: "Ni Franco, ni Rei, Ni Yankee, par la republica popular e federativa (nicht Franco, nicht König, nicht Yankees, für die föderative Volksrepublik!). Die Prozesse in Spanien sollen am 24. Juni beginnen. Der Staatsanwalt fordert für die Gefangenen des 1. Mai insges. 629 Jahre Gefängnis, für Genoveva Forest und ihre Genossen die Todesstrafe.

Indochina Hilfe

Planziele für Spendenbewegung

Ende Mai wurden durch die INDOCHINA-HILFE in Paris 100 000.-DM als Soforthilfe an die Revolutionsregierung Südvietnams überreicht. Dies ist ein großartiger Beweis der Kampfesolidarität der Werktätigen unseres Landes mit dem vietnamesischen Volk. Angesichts der schwierigen Aufgabe, trotz der verheerenden Kriegsfolgen die Lebensbedürfnisse der Volksmassen zu befriedigen, hat die INDOCHINA-HILFE ihre Mitgliedsorganisationen aufgerufen, die Solidarität weiter zu verstärken.

Darum hat die ROTE HILFE die folgenden Planziele für eine Spendenbewegung beschlossen:

- Landesvorstand Westberlin: 2 500.-DM
 - Landesvorstand Nord: 2 500.-DM
 - Landesvorstand NRW: 420.-DM und 1 420.- in Sachspenden
 - Landesvorstand Hessen: 325.-DM und 50.- in Sachspenden sowie 50.- in Medikamenten
 - Landesvorstand Bayern: (wird noch festgelegt)
- Nehmen wir uns die Ortsgruppe Dortmund zum Vorbild! Sie sammelte: 1 059.-DM am Rande der Indochina Demonstration in Mannheim am 19. 4.
- 300.-DM für Kambodscha während der 1. Mai-Demonstration in Dortmund
- 83.88DM auf einem Vietnam-Fest mit Angehörigen des Arbeitslosenkomitees Dortmund

(Die Anschrift der INDOCHINA-HILFE ist: 5 Köln 1, Gereonswall 36)

Wendet Euch an die ROTE HILFE

- Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6 (0221/545352) tägl. 18-19 Uhr
- Landesvorstand NRW/ 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763) Mo 17-19
- Ortsgruppe Dortmund: Mo 17-19
- Köln-Süd: 5 Köln 1, Severinstr. 55, Mo 17-19
- Köln-Nord: "Niehler Klause", Niehler Str., Mo 19.30-22
- Münster: "Kronenburg", Hammerstr. 37, Di 19.30-22
- Landesvorstand Bayern/ 8 München 80, Milchstr. 21
- Ortsgruppe München: Mi 17-19
- Augsburg-Oberhausen: Eichlerstr. 1 Fr 20-22
- Nürnberg: "Loos-Garten", Gibitzenhofstr. 188, Do 20-22
- Landesvorstand Hessen/ z. Zt. keine Büroadresse
- Ortsgruppe Frankfurt: Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673), Di und Fr 17-19
- Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt, Mi 19.30
- Bremen: Bremen-Walle, Flensburgerstr. 81, Mi u. Fr 17.30-19.00
- Landesvorstand Westberlin: 1-65, Togostr. 78 (030/4523021) Mo-Fr 18-20
- Moabit: "Wacholderbusch", Erasmusstr., Mi 20-22
- Wedding: "Sprengelestuben", Sprengelstr., Mi 19-22
- Neukölln: "Parkrestaurant", Nogat-/Kirchhofstr., Mi 19.30-22
- Kreuzberg: "Max und Moritz", Oranienstr. 162, Mi 19.30-22
- Stuttgart: Cannstadt, Gaststätte "Rosenau", Hallstr., Fr 17-19

Bestellschein

Ich bestelle ab die ROTE HILFE-Zeitung zum Abonnements-Preis von

- halbjährlich 4,80 DM
- jährlich 9,60 DM
- Förderabonnement jährlich 20.- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE PSchA Dortmund 37683 - 467 überwiesen.

Name:
Adresse:
Beruf:

Unterschrift:

Einsenden an ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eins der ROTE HILFE-Büros!

Forts. Kungebung 8. Mai

der Arbeiterklasse in der DDR an die sowjetischen Sozialimperialisten. Zu offensichtlich ist die imperialistische Unterdrückung der DDR, als daß sie sich mit sozialistischen Phrasen vertuschen ließe. Mancher Funktionär hätte unsere Genossen lieber wieder frei gesehen, damit wieder Ruhe sei.

Die DDR-Behörden reagierten wie gewohnt menschenfeindlich. Sie drohten die Passierscheinstellen zu schließen und die Verwandtenbesuche damit zu unterbinden. Sie forderten die Bundesregierung auf, die Kundgebungen vor der DDR-Vertretung zu unterbinden und verhängten in der DDR eine Nachrichtensperre. Die Freunde und Verwandten der Gefangenen ließen sie 2 Wochen lang ohne Nachricht. Das Recht auf juristische Verteidigung wurde ihnen verwehrt.

Aber die Solidarität mit den Gefangenen wuchs von Tag zu Tag an. So wurde die Honeckerclique gezwungen die anfängliche offen politische Anklage fallenzulassen. Die Genossen wurden zu 6 Wochen Haft wegen "Rowdytums" einschließlich Abschlebung verurteilt und am 27. Mai waren auch die letzten freigekämpft. So glaubte Honecker wohl das Problem aus der Welt zu haben. Aber er täuscht sich: diese Aktion war ein erfolgreicher Schritt voran im Kampf gegen den Zusammenschluß unseres Volkes gegen die imperialistischen Supermächte, vorwärts zu einem vereinten, unabhängigen sozialistischen Deutschland.

Rote Hilfe ehrt Antifaschisten

Am 8. Mai veranstaltete unsere Ortsgruppe eine kurze, aber würdige und kämpferische Kundgebung auf dem Friedhof in Walle, einem alten Bremer Arbeiterviertel. Hier steht ein Ehrenmal zum Gedenken der Bremischen Räterepublik. Warum führten wir unsere antifaschistische Kundgebung gerade hier durch? Die Antwort gibt das Protokoll der Sitzung des Bremer Senats vom 26. April 1933: "Herr Senator Haltermann als Kommissar für Bauwesen und Stadterweiterung machte Mitteilungen über die Höhe der durch die Beseitigung des Revolutionsdenkmals auf dem Waller Friedhof entstehenden Kosten, die sich auf insgesamt etwa 16 000.-RM belaufen würden. Diesen Kosten stehe jedoch eine erheblich größere Einnahme aus den auf dem freiwerdenden Gelände anzulegenden neuen Grabstellen nach denen große Nachfrage sei gegenüber."

Diejenigen die schon 1919 in Bremen für die Räterepublik, für den Sozialismus gekämpft hatten, sie waren auch die ersten, die als Kämpfer in der KPD, dem Rotfrontkämpferbund, der ROTEN HILFE nach dem Einzug der Faschisten verfolgt, verhaftet oder sogar physisch vernichtet wurden - wie das Symbol der Räterepublik. Deshalb ist das neugebaute kleine Ehrenmal für uns heute auch Symbol des konsequenten antifaschistischen Kampfes es symbolisiert den Widerstand ebenso wie die Richtung die allein letztlich den antifaschistischen Kampf zum Erfolg führen kann, die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das spürten letztlich auch die Zuschauer die sich den von uns niedergelegten Strauß roter Nelken mit den Schleifen "Nie wieder Faschismus - Nie wieder imperialistischer Krieg!" ansahen und unsere Ansprache und das Singen des Ernst Thälmann Liedes und des Solidaritätsliedes verfolgten. Im nächsten Jahr, daß ist unser Ziel, müssen diese Menschen selbst in unseren Reihen im antifaschistischen Kampf stehen!

Ortsgruppe Bremen

Bild: der von den Bremer Genossen niedergelegte Strauß

Interview der RHZ mit C. Semler

Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem Interview mit Genossen Christian Semler Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPD. Das Interview wurde am 23.5. aufgenommen.



ROTE HILFE: 18 Genossen der KPD, der Liga gegen den Imperialismus und der ROTEN HILFE wurden am 9. Mai in Berlin/DDR festgenommen und sitzen seither als politische Gefangene in den Gefängnissen der Honecker-Clique. Was wird ihnen vorgeworfen, wie werden sie sich rechtfertigen?

CHRISTIAN SEMLER: Die SED-Revisionisten haben sich gezwungen gesehen, unsere 18 Genossen inzwischen freizulassen. Sie haben sich ferner gezwungen gesehen, ihre ursprünglichen Beschuldigungen, wir hätten die DDR und andere sozialistische Länder diffamiert, fallengelassen. Die Strafbefehle gegen die Genossen lauten auf "Rowdytum". Dies ist ein ebenso durchsichtiger wie lächerlicher Versuch der SED-Revisionisten, sich aus einer äußerst prekären Lage herauszuwinden. Die Tatsache, daß den Genossen und Freunden eine Erklärung abverlangt wurde, wonach sie auf Rechtsmittel verzichteten, ist rechtlich und politisch bedeutungslos. Sie spiegelt die Angst der modernen Revisionisten vor einem Prozeß wieder. Es wäre in der Tat eigentümlich, in einem Prozeß wegen "Rowdytum" die Öffentlichkeit ausschließen zu müssen.

Die Kundgebung, die die Genossen und Freunde am 8. Mai in der DDR in Treptow angesichts einer Übermacht von Spitzeln aller Art durchführten, war eine bewußte politische Aktion, die gegen die Beschlagnahme des antifaschistischen Kampfs der Völker durch die Sozialimperialisten Stellung nahm. Der Beschluß der Genossen, obwohl mehr als 200 Genossen und Freunde an der Grenze zurückgewiesen worden waren, war ebenso mutig wie richtig. Dies wird bewiesen durch die massive Zustimmung zu dieser Aktion seitens der Arbeiterklasse in West-

deutschland und Westberlin. eine Zustimmung, die für alle Genossen und Freunde unserer Partei in der täglichen Arbeit erfahrbar war. Die Genossen haben das selbstverständliche Recht für sich in Anspruch genommen, vor dem sowjetischen Ehrenmal die antifaschistischen Helden zu feiern und die Hauptlehren aus dem antifaschistischen Krieg zu ziehen. Sie haben erklärt, daß USA-Imperialismus und sowjetischer Sozialimperialismus heute an die Stelle des Nazi-Faschismus getreten sind. Dies eine Beleidigung sozialistischer Länder zu nennen, kann nur denen einfallen, die die Monopolbourgeoisie in der Sowjetunion und ihre Lakaien, die Neue Bourgeoisie in der DDR als "sozialistisch" ansehen. Daß es Organisationen in der BRD und Westberlin gibt, die die Aktion der 18 Genossen und Freunde als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR" oder als "imperialistische Aggression" diffamieren, weist nur auf die Notwendigkeit hin, das linke Lager in der BRD und Westberlin von den Agenturen des modernen Revisionismus zu säubern.

ROTE HILFE: Jahrelang wird schon von "Entspannung", "Besucherregelungen", "menschlichen Erleichterungen" gefaselt - und jetzt, wo Kommunisten die Sache beim Wort nehmen, erfolgen Verhaftungen. Warum haben die DDR-Behörden eine solche Angst vor Kontakten?

CHRISTIAN SEMLER: Ich möchte noch einmal betonen, daß sich die Kundgebung der 18 Kommunisten und Antifaschisten in Berlin/DDR gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus richtete. Dies geht auch klar aus den Transparenten, Flugblättern und der Rede des Genossen Lenze hervor. Daß die Sicherheitsorgane der SED-Revisionisten sich zum Büttel der sowjetischen Sozialimperialisten gemacht haben, ist freilich nichts Überraschendes. Die Führungsgruppen der SED haben ihre Existenz an den sowjetischen Sozialimperialismus geknüpft und unterwerfen sich bedingungslos dem Befehlsstab von Breschnew. Was Eure Frage angeht, so konnten wir schon anlässlich der Weltjugendfestspiele beobachten, daß die SED-Revisionisten Gespräche zwischen Arbeitern, fortschrittlichen Menschen und Kommunisten zwischen den beiden deutschen Staaten fürchten und nach Kräften zu unterbinden suchen. Dies ist gerade Ausdruck ihres Verrats in der nationalen Frage. Bekanntlich hat die SED in den

50er Jahren durch Arbeiterkonferenzen, Besucherreisen etc. umfassend dafür gesorgt, daß die Beratung zwischen der Arbeiterklasse in den beiden deutschen Staaten nicht abriß. Dies kann natürlich heute nicht mehr im Interesse der SED-Revisionisten sein. Worauf die Honecker und Co. aus sind, sind "Kontakte", "gutes Einvernehmen" und "umfassende Zusammenarbeit" mit der reaktionären Gewerkschaftsführung, den reaktionären Führungsgruppen der SPD, "realistischen Kapitalisten" usw. Als Volksfeinde können sie den "Kontakt" zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten und Westberlin nicht wünschen.

Besonders empfindlich reagieren die SED-Revisionisten, wenn die Wahrheit über die sowjetischen Besatzungstruppen in der DDR ans Licht kommt, wenn der Überfall 1968 auf die Tschechoslowakei, an der auch DDR-Truppen beteiligt waren, zur Sprache kommt. Die SED-revisionistische Propaganda zum 8. Mai bezweckt es gerade, jede Kritik an der militärischen Besetzung der DDR und anderer osteuropäischer Länder durch die Sozialimperialisten zu ersticken.

ROTE HILFE: Was können wir heute tun, um die Einheitsfront gegen die beiden Kriegstreiber zu stärken? Was können wir tun, um die Freilassung der Genossen zu erzwingen?

CHRISTIAN SEMLER: Die bereits freigelassenen Genossen haben betont, daß ihre Freilassung durch unseren politischen Kampf erzwungen wurde. Die SED-Revisionisten haben es vorgezogen, sich nicht die Finger zu verbrennen. Sie selbst und ihr DKP-Laden sind politisch und ideologisch in der Defensive. Die Revisionisten wagen es nicht, die Politik der sowjetischen Sozialimperialisten und ihre eigene Speichelleckerrolle offen vor den Massen zu verteidigen. Wir sind es, die in der Offensive sind, weil wir eine gerechte Sache, den Zusammenschluß gegen die imperialistischen Supermächte vertreten. Unsere nächste Aufgabe wird es sein, die Bewegung zur politischen Ausrichtung und zur Verschärfung des Kampfs gegen den modernen Revisionismus zu verbreitern und zu vertiefen und eine prinzipienfeste Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte gegen die imperialistischen Supermächte zu schmieden.

HIROHITO ist ein KRIEGSVERBRECHER-NIE WIEDER KRIEG!

1971 demonstrierten in Bonn 500 Menschen unter der Führung der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS gegen den Besuch des Kriegsverbrechers und Faschisten Hirohito, der im Bunde mit Hitler und Franco den Völkern der Welt im 2. imperialistischen Weltkrieg unermessliches Leid brachte und allein in Südostasien für die Ermordung von Millionen Menschen durch die japanische Armee mitverantwortlich

ist. Die Demonstration drückte den Willen der deutschen Bevölkerung aus, daß der Empfang eines solchen Kriegsverbrechers in der BRD eine Provokation für alle Antifaschisten war.

1974 - 3 Jahre später - wollte die Klassenjustiz 7 der Demonstranten verurteilen. Das mißlang gründlich. Die breite Solidarität in Bonn und ganz NRW - darunter viele alte Antifaschisten - führte die An-

klage, sie forderte die Bestrafung des Bonner Vize-Polizeipräsidenten Steckhan, der 1971 Wasserwerfer und knüppelnde Polizisten gegen die Demonstration eingesetzt hatte. Unaufhörlich wurde in Bonn festgestellt: Hirohito ist ein Kriegsverbrecher! Im Gerichtssaal hatten die Anklagen das Heft in der Hand. Um ihren



Freispruch und die öffentliche Verneinung von Steckhan zu verhindern, mußte das Klassengericht den Prozeß vertagen. Jetzt will es diese Schlappe wettmachen. Der Kommunistenrichter Hasse, der in den letzten Monaten dutzende von Antimperialisten und Kommunisten aburteilte und der darauf aus ist, auch die kleinste Möglichkeit zur Kriminalisierung von Revolutionären auszunutzen, wurde auf den Prozeß angesetzt. Vom 3. Juni bis in den August will er an 17 Verhandlungstagen ein Urteil zusammenbasteln. Doch an den Erfolgen des 1. Prozesses kommt auch er nicht vorbei: Als 1. Zeuge mußte Polizeivize Steckhan, der inzwischen zum Polizeipräsidenten von Neuß ernannt wurde geladen werden!

Für alle antifaschistischen Menschen bietet dieser Prozeß eine großartige Gelegenheit, zu demonstrieren, daß heute wie vor 30 Jahren der Expansionsdrang der Imperialisten als größte Gefahr für die Völker kompromißlos bekämpft werden muß. So wie Hirohito die japanischen Aggressionskriege in Asien mitplante, rüsteten heute die imperialistischen Supermächte, der sowjetische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus, um in ihrer gegenseitigen Konkurrenz ihre Weltherrschaftspläne auch mit Krieg durchzusetzen. Das tiefere Anliegen des Protestes gegen Hirohito, der Kampf gegen Imperialismus und Krieg bedeutet für diesen Prozeß daher, die Kriegsgefahr heute zu erkennen und dagegen aufzutreten.

Dieser gerechte Kampf wird es der Klassenjustiz erneut schwer machen, ihre Kriminalisierungsversuche gegenüber den Antifaschisten und Kommunisten durchzusetzen.